

ULRICH BUSCH

Kein Ende der Arbeitslosigkeit durch Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland

Die demographische Entwicklung in Ostdeutschland seit 1989 wird im Wesentlichen durch zwei Faktoren bestimmt, durch den Fortzug großer Bevölkerungsteile und durch den dramatischen Rückgang der Geburtenrate. Wie aus Abbildung 1 ersichtlich ist, bestimmte in den ersten Jahren nach dem Fall der Mauer die Abwanderung das Bild: Von 1989 bis 1991 verließen 1 033 482 Menschen Ostdeutschland und zogen in den Westen. Das entsprach 6,2 Prozent der Bevölkerung. Den umgekehrten Weg gingen dagegen nur 121 639 Personen, so dass der Wanderungssaldo Ost für diesen Zeitraum -911 843 Personen beträgt. Auch in den Folgejahren waren die Zuzüge nach Ostdeutschland sichtlich geringer als die Fortzüge. Die Differenz ging jedoch bis 1997 kontinuierlich zurück, stieg dann aber wieder an und stabilisierte sich schließlich bei einer Größenordnung von rund 50 000 Personen p. a. Für den Zeitraum 1992 bis 2005 betrug der Wanderungssaldo ca. 725 Tausend Personen. Insgesamt beläuft sich der durch die innerdeutsche Migration verursachte Bevölkerungsverlust Ostdeutschlands aktuell rund 1,7 Millionen Personen. Dies entspricht 10,2 Prozent der ursprünglichen Einwohnerzahl.¹

Anders als bei der Binnenwanderung weist der Saldo der Auslandswanderung ein positives Vorzeichen auf: Seit 1990 gab es hier mehr Zu- als Fortzüge, rund 1,5 Millionen gegenüber 1,1 Millionen. Dadurch vermindert sich der wanderungsbedingte Bevölkerungsverlust Ostdeutschlands seit 1989 insgesamt auf 1,2 Millionen Personen.

Während die Bedeutung der Binnenwanderung für die Bevölkerungsentwicklung im Laufe der Zeit abnimmt, gewinnt der zweite Faktor, die Geburtenrate, ständig an Gewicht. Langfristig erweist sich der Rückgang der Fertilitätsrate² als Hauptfaktor für die demographische Entwicklung. Die Geburtenziffer in Ostdeutschland verringerte sich nach 1989 sprunghaft von 1,57 bis auf den historischen Tiefstand von 0,76 im Jahr 1993. Danach stieg sie wieder an, bis auf 1,3, was zwar in etwa dem westdeutschen Niveau entspricht, aber immer noch weit davon entfernt ist, die einfache Reproduktion zu sichern. Dafür wären mindestens 2,1 Kinder je Frau erforderlich. Eine Beibehaltung des jetzigen Niveaus hätte, *ceteris paribus*, zur Folge, dass jede Generation ein Drittel kleiner ist als die vorherige. Dieser Schrumpfungstrend ließe sich nur langfristig, durch massiven Zuzug von außen oder eine radikale Veränderung des Geburtsverhaltens, korrigieren. Ersteres scheitert jedoch am politischen Klima. Letzterem steht infolge des hohen Frauenanteils bei den Fortzüglern von 63 Prozent inzwischen ein »historisch einmaliges zahlenmäßi-

Ulrich Busch – Jg. 1951, Doz. Dr. oec. habil., Finanzwissenschaftler, TU Berlin, Veröffentlichungen zur Wirtschaftstheorie und -politik sowie zur Entwicklung Ostdeutschlands, zuletzt in UTOPIE kreativ: Berlin – Weltstadtvisionen und Finanzrestriktionen, Heft 195 (Januar 2007).

1 Der Berechnung liegt die mittlere Bevölkerungszahl von 16,614 Millionen für 1989 zugrunde (Statistisches Amt der DDR 1990: 1).

2 Die allgemeine Fertilitätsrate oder Fruchtbarkeitsziffer gibt die Zahl der lebend geborenen Kinder je 1000 Frauen im gebärfähigen Alter als durchschnittliche Kinderzahl je Frau an.

ges Missverhältnis der Geschlechter«, wonach auf 100 Männer nur noch 90 Frauen kommen³, entgegen (vgl. Berlin-Institut 2006: 23 f.). So nimmt der Bevölkerungsrückgang seinen vorgezeichneten Lauf, wird zum Trend und gewinnt mehr und mehr an Stabilität. Dabei verstärken sich die beiden Faktoren gegenseitig: Die Abwanderung mindert die Lebensqualität, wodurch das Geburtsverhalten negativ beeinflusst wird und dieses wiederum erhöht die Perspektivlosigkeit, wodurch sich die Abwanderung verstärkt. Beides zusammen bewirkt eine dramatische Schrumpfung der Bevölkerung, zumindest bis zum Jahr 2050, wie die Projektion des Statistischen Bundesamtes zeigt, möglicherweise aber auch noch darüber hinaus (vgl. Abbildung 2).

Bevölkerungsentwicklung und Humanressourcen

Wie in Abbildung 2 dargestellt, ist die demographische Entwicklung Ostdeutschlands durch einen eskalierenden Schrumpfungsprozess gekennzeichnet. Dieser begann schon vor 1989, setzte sich aber nach dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung beschleunigt fort. Allein in den fünf neuen Ländern, also ohne Berücksichtigung Berlins, schrumpfte die Bevölkerung zwischen 1989 und 2005 um 1 768 Tausend Personen oder 11,7 Prozent. Bis 2020 verschwinden weitere 1,33 Millionen aus der Statistik, so dass die ostdeutsche Population auf 12,1 Millionen absinkt, ein Minus von 10 Prozent. Bis 2050 wird der Bevölkerungsstand voraussichtlich unter die 10-Millionen-Grenze fallen, ein weiteres Minus von 18,5 Prozent. Dies bedeutet, dass sich die ostdeutsche Bevölkerung innerhalb eines Jahrhunderts (1950-2050) beinahe halbiert und seit 1989 um mehr als ein Drittel reduziert.

Diese Entwicklung gewinnt noch erheblich an Brisanz, wenn man sie in ihrer regionalen Differenziertheit, getrennt nach Ländern und Regionen, betrachtet (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1:

Bevölkerungsentwicklung nach Ländern 1989 – 2020

	1989	1990	2005	2020	Veränderung in Prozent
Berlin	3.379	3.434	3.395	3.429	+1,5
Brandenburg	2.641	2.578	2.559	2.412	-8,7
MVP	1.964	1.924	1.707	1.507	-23,3
Sachsen	4.901	4.764	4.274	3.786	-22,8
Sachsen-Anhalt	2.965	2.874	2.470	2.056	-30,7
Thüringen	2.684	2.611	2.335	2.110	-21,4
Neue Länder ohne Berlin	15.155	14.751	13.345	11.871	-21,7
Neue Länder mit Berlin	18.534	18.185	16.740	15.300	-17,4

Quelle: Statistisches Bundesamt 2006 (Stand jeweils am Jahresende).

Dabei fällt auf, dass Berlin und Brandenburg kaum Einwohner verlieren, während alle anderen Länder erhebliche Einbußen verzeich-

3 »Bei den 18- bis 29-Jährigen fehlen in den neuen Bundesländern (mit Berlin) zehn Prozent der weiblichen Bevölkerung. In besonders strukturschwachen Regionen wie Ostsachsen, Nordthüringen oder Vorpommern beträgt das Defizit teilweise 20 Prozent. Den Minusrekord hält der Landkreis Uecker-Randow. Hier gehen rein rechnerisch 26 von 100 Männern bei der Partnersuche leer aus.« (Berlin-Institut 2006: 23).

4 Die Angaben beruhen auf der Bevölkerungsentwicklung seit 1990 und einer Prognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) bis zum Jahr 2020.

5 Vgl. hierzu die Übersichten des BBR, insbesondere die Raumordnungsprognose 2020/2050 in der Reihe »Berichte« des BBR, Band 23 sowie die Darstellungen in: Berlin-Institut 2006: 36 f.

6 Vgl. dazu: Zur Lage in Ostdeutschland (2006), insbesondere S. 6-16 und 54-64.

7 Vgl. hierzu zum Beispiel Wolfgang Kil (2004) sowie die beiden Filmprojekte von Holger Lauinger und Daniel Kunle »Nicht mehr – noch nicht« (2006) und »Neuland« (2007), worin über neue Chancen und Zukunftsentwürfe im Osten berichtet wird.

8 Das Erwerbspersonenpotenzial erfasst die Gesamtzahl der Erwerbspersonen, also alle Personen, die ihren Wohnsitz in Ostdeutschland haben und die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder eine derartige Tätigkeit suchen. Die Erwerbspersonenzahl setzt sich zusammen aus Erwerbstätigen und Erwerbslosen. Sie umfasst also den Teil der Erwerbsfähigen (alle Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 14 und 64 Jahren), der dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung steht.

9 1989 befanden sich in der DDR 10,6 Millionen Menschen im arbeitsfähigen Alter. Für den Vergleich sind davon 0,86 Millionen Perso-

nen. Eine kleinräumig-regionale Betrachtung zeigt jedoch ein differenzierteres Bild. Hier finden sich Regionen, die keine oder nur geringe Bevölkerungsverluste erleiden (Westmecklenburg und das Obere Elbtal/Osterzgebirge) und solche mit Zugewinnen (Potsdam-Mittelmark, Oberhavel, Teltow-Fläming, Barnim) neben Regionen, die von der Schrumpfung überproportional betroffen sind (Altmark, Uckermark, Vorpommern, Prignitz, Ost-, Nord- und Südthüringen, Oberlausitz-Niederschlesien, Lausitz-Spreewald, Südwestsachsen), darunter auch Städte wie Hoyerswerda, Halle, Magdeburg, Cottbus, Gera, Schwerin, Zwickau, Chemnitz, Wittenberge, Görlitz und Dessau.⁴ Auffällig ist, dass die Regionen, die bisher bereits die größten Bevölkerungsverluste erlitten haben, auch diejenigen sein werden, die in den nächsten Jahrzehnten mit einer negativen Bevölkerungsentwicklung zu rechnen haben. Der Trend zur räumlichen Differenzierung verstärkt sich also.⁵

Der in den Daten zum Ausdruck kommende reale und erwartete Schrumpfungsprozess ist aber keineswegs nur ein quantitatives Phänomen. Er beinhaltet auch strukturelle und qualitative Komponenten, so zum Beispiel die Verschiebung in den Geschlechterproportionen (Männerüberschuss), die Alterung der Bevölkerung sowie den Rückgang des Bildungs-, Qualifikations- und Kulturniveaus der Residualbevölkerung infolge der selektiven Mobilität insbesondere junger Menschen. Als Momente eines übergreifenden demographischen Wandels erklären sich diese Prozesse nicht allein aus den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen Ostdeutschlands, sondern sind zugleich Ausdruck eines *gesellschaftlichen Umbruchs*, der nicht nur Ostdeutschland betrifft, sondern gleichermaßen, wenn auch zeitversetzt, Westdeutschland, Europa und die Welt.⁶ In Ostdeutschland treten die Folgen dieses sozioökonomischen Umbruchs, verstärkt durch die Systemtransformation und die Deindustrialisierung, aber zeitlich früher, konzentrierter und komprimierter in Erscheinung als anderswo. Dies lässt sie hier zur demographischen Katastrophe werden, in mancher Hinsicht aber auch zur Chance für Innovationen, Kreativität und Pioniergeist.⁷

Noch problematischer als die Bevölkerungsentwicklung insgesamt erweist sich für die Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands der Rückgang des *Erwerbspersonenpotenzials*⁸ und infolgedessen die Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen. Als Folge der Abwanderung und der extrem niedrigen Geburtenrate in den 1990er Jahren schrumpft die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) in den nächsten Jahrzehnten wesentlich stärker als die Bevölkerung insgesamt. Infolgedessen verringert sich das Erwerbspersonenpotenzial bis 2020 um ca. 20 Prozent und bis 2050 um 43,1 Prozent (Deutsche Bank Research 2004: 40 f.). Im Jahr 2050 wird die Zahl der Erwerbspersonen in den fünf neuen Ländern nur noch vier Millionen betragen. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber 1989 um fast 60 Prozent.⁹ Dies alles ist mit erheblichen negativen Konsequenzen für die wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung Ostdeutschlands verbunden. Zwar resultieren hieraus auch positive Effekte, zum Beispiel für den Naturschutz und den Ressourcenerhalt. Diese wiegen die negativen Wirkungen aber bei weitem nicht auf. Sie betreffen das Wirtschaftswachstum und die ökonomi-

sche Reproduktion ebenso wie die Infrastruktur, das Bildungswesen und die Kultur, den Arbeitsmarkt, die Einkommensverhältnisse, die Finanzlage der öffentlichen Haushalte, die privaten Vermögen und die Transferleistungen. Letztlich alles. Einige dieser Wirkungszusammenhänge sollen im Folgenden skizziert werden.

Zuvor aber sei auf die wachsende regionale Differenziertheit des demographischen Entwicklungsprozesses und die daraus resultierenden Folgen hingewiesen. Die neueste Studie der *Prognos AG* (2007) stellt vor allem die Unterschiede der Regionen in der Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft heraus. Zugleich aber zeigt gerade auch dieser Bericht, dass in Ostdeutschland *einige wenige* Standorte mit sehr hohen Zukunftschancen (Potsdam, Dresden, Jena) *sehr vielen* Regionen mit hohen Risiken gegenüberstehen. So weisen von den 113 ostdeutschen Städten und Kreisen 81 deutlich mehr Zukunftsrisiken als -chancen auf. Im gesamtdeutschen Vergleich sind die letzten 50 Plätze der 439 Standorte ausschließlich von ostdeutschen Regionen besetzt. Für sie ist die Zukunft »schwarz«. Und dies, so das Ergebnis der Recherche, wird auch künftig so sein, obwohl sich einige ostdeutsche Regionen sehr dynamisch entwickeln und durchaus Potenziale besitzen, um gegenüber westdeutschen Regionen aufzuschließen.

Tabelle 2:
Erwerbstätige nach Ländern 1999 bis 2005 in 1000 Personen

	1989	1991	1999	2005	Veränderung 1989-2005 in Prozent
Berlin	1.883,0	1.673,1	1.552,2	1.538,5	-18,3
Brandenburg	1.531,1	1.193,0	1.067,5	1.005,9	-34,3
MVP	1.169,4	843,0	755,2	702,8	-39,9
Sachsen	2.864,9	2.250,3	1.982,3	1.885,1	-34,2
Sachsen-Anhalt	1.700,7	1.281,3	1.081,7	988,1	-42,9
Thüringen	1.601,3	1.227,0	1.072,0	1.004,4	-37,3
NL ohne Berlin	8.890,0	6.794,6	5.958,7	5.582,2	-37,2
NL mit Berlin	10.773,0	8.467,7	7.510,9	7.120,7	-33,9

Quelle: Statistisches Bundesamt 2007; Heske 2005: 251, 268; eigene Berechnungen.

Demographie und Wirtschaftswachstum

Das Wirtschaftswachstum ist der wichtigste Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Es findet sein Maß im jährlichen Zuwachs des (realen) Bruttoinlandsprodukts (BIP). Als Pro-Kopf-Größe (BIP je Einwohner) gilt das BIP als zentrale Kennziffer für die Messung des Wohlfahrtsniveaus und der Wohlfahrtsdynamik. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist das Wachstum wesentlich produktivitätsbestimmt und damit vor allem *qualitativer* Art. Dies wird von manchem Kritiker übersehen, insbesondere wenn die Argumentation auf den Ressourcenverbrauch zielt und gar nicht auf den Wertumfang resp. die inflationsbereinigte Preissumme des Outputs, welche aber für das Wachstum ausschlaggebend ist. Während für die Wert-

nen in Berlin-Ost abzuziehen und wegen der veränderten Erwerbsaltersgrenze ca. 0,4 Millionen Frauen im Alter zwischen 60 und 65 Jahren hinzuzurechnen. Daraus ergibt sich eine vergleichbare Größe der Erwerbsfähigen von rund 10,1 Millionen Personen, wovon 8,9 Millionen erwerbstätig waren. Dies entspricht einer Erwerbstätigenquote von 88,2 % und einer Erwerbsbeteiligungsquote (Anteil des Erwerbspersonenpotenzials ohne Stille Reserve an den Erwerbsfähigen) von mehr als 90 % (vgl. Statistisches Amt der DDR 1990: 390 ff.; Heske 2005: 224, 268). Gegenwärtig liegt die Erwerbstätigenquote (am 1. und 2. Arbeitsmarkt) in den neuen Bundesländern bei 66,3 %. Die Erwerbsbeteiligungsquote beträgt 79,7 % (Bundesregierung 2007: A 33). Beide Quoten könnten in der Zukunft ansteigen, aber kaum bis auf das Niveau von 1989. Die Prognose würde dadurch aber nicht wesentlich modifiziert werden.

größe des BIP ein Wachstumspostulat gilt, gibt es für den Ressourcenverbrauch und die Inanspruchnahme der Umwelt durch die Wirtschaft natürliche, ökologische und ökonomische Grenzen. Dies ist absolut unstrittig, ebenso wie das wirtschaftliche Wachstum für die Erhöhung des Wohlstands und die Entwicklung der Gesellschaft unverzichtbar ist. Findet kein Wachstum statt, so haben wir es mit Stagnation oder Rezession zu tun, Prozessen also, die sich im Schrumpfen des verteilbaren Produkts, des Volkseinkommens, der Haushaltseinkommen, des Konsums und des Lebensniveaus äußern.

Für Ostdeutschland gilt folgende Bilanz: Auf den Einbruch beim ökonomischen Wachstum in den Jahren 1990 und 1991 folgte eine Aufbau-, Modernisierungs- und Restrukturierungsphase (1992-1996), in welcher hohe Wachstumsraten erzielt wurden. Seit 1997 aber herrscht – mit Ausnahme von 1999, 2004, 2006 und 2007 – Stagnation, das heißt, die Zuwachsraten des BIP erreichten im Jahresdurchschnitt kaum mehr als ein Prozent (vgl. Bundesregierung 2006: 152).¹⁰ Auch für die Zukunft ist davon auszugehen, dass sich der Bevölkerungsrückgang wegen des damit verbundenen Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials und der Erwerbstätigenzahl negativ auf das ökonomische Wachstum auswirken wird: Einer Projektion der *DB Research* zufolge wird das sinkende Arbeitskräfteangebot das Wachstumspotenzial Ostdeutschlands bis 2050 um durchschnittlich einen Prozentpunkt dämpfen. Bei einem angenommenen Wachstumspotenzial von 1,0-1,5 Prozent p. a. bedeutet dies, dass die ostdeutsche Wirtschaft auch in den kommenden Jahrzehnten mehr oder weniger stagniert (2004: 41).

Dies wäre aber trotzdem noch ein vergleichsweise *optimistisches* Szenario. Wie die weiteren Überlegungen zeigen, geht es auch anders. Hält der für die Stagnation seit 1997 verantwortliche Rückgang der Investitionen an, so ist für die ostdeutsche Wirtschaft ein *kontinuierlicher Schrumpfungsprozess* zu erwarten. In diesem Szenario würden sich der Rückgang der Erwerbstätigen und deren Alterung und Dequalifikation mit einem zunehmenden technischen Rückstand verbinden. Dadurch würde sich der Abstand gegenüber Westdeutschland erheblich ausweiten, was wiederum die Abwanderung verstärken würde usw. Die divergierende Entwicklung des BIP in Ost- und Westdeutschland hätte zur Folge, dass das BIP-Ost p. C. von derzeit 64,5 Prozent des Westniveaus unter 60 Prozent absinkt. Der in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre unterbrochene Aufholprozess der neuen Länder würde dadurch in sein Gegenteil umschlagen, in Divergenz. Die maximale Annäherung beider Landesteile wäre Anfang dieses Jahrzehnts erreicht worden. Für die nächsten Jahre und Jahrzehnte sind keine weiteren Fortschritte zu erwarten, sondern das wirtschaftliche Auseinanderdriften von Ost und West, so dass Ostdeutschland bis 2050 »wieder auf das Niveau von Mitte der 90er Jahre zurückfallen« würde (DB Research 2004: 44).

Diese Projektion lässt sich durch eine Analyse der Auswirkungen des demographischen Wandels auf das *Arbeitsangebot* untersetzen. Den Ausgangspunkt dafür bildet die oben konstatierte und praktisch nicht mehr zu umgehende Reduktion und Alterung des Erwerbspersonenpotenzials. Mit dem Rückgang der Zahl der erwerbsfähigen Personen verringert sich auf der Angebotsseite der Wirtschaft (bei gleich bleibender Erwerbsbeteiligung) das Potenzial an verfügbaren

10 Pro Kopf gerechnet verzeichneten die neuen Länder aber trotzdem einen Zuwachs, weil sich der Bevölkerungsrückgang statistisch als Anstieg des BIP p.C. niederschlägt.

Arbeitskräften. Allein im Zeitraum 2005 bis 2020 ist hier mit einem Rückgang von 14,5 Prozent zu rechnen (IWH/TU Dresden/ifo 2006: 170). Da die Arbeit der wichtigste Produktionsfaktor ist, führt dieser Rückgang *ceteris paribus* zu einer Verringerung des Outputs, des BIP. Die gesamtwirtschaftlich erzielbaren Wachstumsraten werden hierdurch gedämpft. Diese Wirkung ließe sich durch eine steigende Kapitalausstattung je Arbeitskraft kompensieren. Davon ist jedoch eher nicht auszugehen, da weniger Personen in Forschung und Entwicklung tätig sein werden und die Anlageinvestitionen seit längerem rückläufig sind (vgl. Tabelle 3). Da sich außerdem die Schrumpfung der Bevölkerung sukzessive in einem Alterungsprozess bemerkbar macht, sinkt zudem die Erwerbstätigenquote.¹¹ Mithin verschlechtert sich das Verhältnis zwischen Produzenten und Konsumenten, wodurch nicht nur das produzierte BIP geringer wird, sondern auch das Pro-Kopf-Einkommen und das Wohlstandsniveau sinken.

Tabelle 3:
Investitionen in neue Anlagen in Ostdeutschland in laufenden Preisen (Milliarden €)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Wirtschaft insgesamt	96,2	91,5	88,4	83,8	76,1	68,7	66,9	67,2	65,3
dar. prod.									
Gewerbe	16,9	16,0	15,5	14,5	14,3	12,4	11,5	12,4	11,6
dar. verarb.									
Gewerbe	9,7	9,3	9,5	9,7	10,3	8,9	8,6	9,6	8,9

Quelle: Bundesregierung: Jahresbericht 2007: Anhang 38 f.

Weitere Aspekte betreffen die Innovationsintensität, die Existenzgründungen, die Mobilität des Humankapitals und die Humankapitalakkumulation. So liegt es zum Beispiel nahe, dass sich Schrumpfung und Alterung des Erwerbspersonenpotenzials direkt in einer Verringerung der Zahl der Existenzgründungen niederschlägt. Dafür sprechen sowohl die altersspezifischen Gründungsquoten, wonach die meisten Gründer zwischen 25 und 39 Jahre alt sind, als auch die Abnahme der Gründungsneigung und Gründungswahrscheinlichkeit mit zunehmendem Alter. Für Ostdeutschland wird deshalb für die nächsten Jahrzehnte ein spürbarer Rückgang der Existenzgründungen prognostiziert (vgl. Tabelle 4).¹²

Tabelle 4:
Voraussichtliche Entwicklung der Gründungszahlen im Vergleich zu 2002 (in Prozent)

	Berlin	Brandenb.	MVP	Sachsen	Sachsen-Anh.	Thüringen
2010	-6	-10	-13	-8	-15	-5
2020	-14	-32	-30	-28	-27	-28

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH/TU Dresden/ifo 2006: 97

11 »Da die Bevölkerungsentwicklung vor allem durch den geringen Besatz von »nachwachsenden« Generationen getrieben wird (und zugleich von der Abwanderung gerade junger Menschen), ist die Verringerung der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) nahezu doppelt so groß wie die Abnahme der Bevölkerung insgesamt. Damit verbunden ist ein deutlicher Anstieg des Durchschnittsalters sowohl der gesamten als auch der erwerbsfähigen Bevölkerung. (...) Nach der 10. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für die ostdeutschen Bundesländer steigt der Altersdurchschnitt der Personen im erwerbsfähigen Alter (...) von heute 40,4 Jahre auf 44 Jahre im Jahr 2020.« (IWH/TU Dresden/ifo 2006: 35).

12 Politische Aktivitäten mit dem Ziel, die Zahl der Existenzgründungen in den neuen Ländern spürbar zu erhöhen, wie zuletzt von Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagen, werden an diesem Trend wenig ändern, ihn weder umkehren noch aufhalten. Da dem sowohl die Bevölkerungsentwicklung als auch die Marktentwicklung entgegenstehen, müssen sie wirkungslos bleiben.

13 Diese Angaben wie auch die folgenden Ausführungen beziehen sich auf den Zeitraum 2005 bis 2020. Sie fußen auf einer gemeinsamen Untersuchung des IWH, der TU Dresden und des ifo Instituts vom Dezember 2006.

14 Dies gilt besonders für Ostdeutschland, wo die Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten derzeit bei 50 % liegt. Das heißt, auf jeden erwerbstätigen Geringqualifizierten kommt ein arbeitsloser Geringqualifizierter. Bei Personen mit Berufsabschluss und bei Hochqualifizierten mit einem akademischen Abschluss sind die Quoten mit 20 % bzw. 5 % dagegen deutlich geringer (vgl. IWH/TU Dresden/ifo 2006: 158).

15 Die Erwerbsquote bezeichnet den Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-65 Jahre).

16 Berechnungen des ifo Instituts München/Dresden zufolge schrumpft die ostdeutsche Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den einzelnen Qualifikationsstufen differenziert. Am stärksten geht zwischen 2005 und 2020 die Zahl der Personen mit Berufsabschluss zurück, weniger stark dagegen die Gruppe der Personen ohne Berufsabschluss und die Gruppe der Hochschulabsolventen. Diese Entwicklung findet in der Veränderung der tatsächlichen Qualifikationsstruktur der Erwerbspersonen einen adäquaten Niederschlag (vgl. ebenda, S. 167 und 170).

17 Der Sektor der handelbaren Güter umfasst im

Folgen für den Arbeitsmarkt

Der demographische Wandel ist von erheblicher Bedeutung für den ostdeutschen Arbeitsmarkt. Von besonderer Relevanz ist dabei in den nächsten Jahren der mehr als doppelt so starke Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials (-16,5 Prozent) gegenüber dem Rückgang der Bevölkerung insgesamt (-7 Prozent).¹³ Auch wenn dieser Prozess kurzfristig für den Arbeitsmarkt von entlastender Wirkung sein kann, so wirkt er sich mittel- bis langfristig doch bremsend auf Wachstum und Innovation und damit tendenziell *negativ* auf die Beschäftigungslage aus. Dieser Effekt erklärt sich vor allem aus einer Veränderung der Nachfrage nach Arbeitskräften. Er rührt aber auch daher, dass mit der Schrumpfung der Bevölkerung deren Alterung einhergeht und sich mithin die Altersstruktur der Personen im erwerbsfähigen Alter verschiebt: So geht zwischen 2005 und 2010 die Zahl der wirtschaftlich stark ins Gewicht fallenden 35- bis 44-Jährigen spürbar zurück (-21,1 Prozent). Noch mehr vermindert sich der Anteil der 15- bis 24-Jährigen, indem ihre Zahl bis 2015 sogar um 47 Prozent sinkt. Die Zahl der 25- bis 34-Jährigen nimmt anfangs noch leicht zu, geht ab 2015 dann aber ebenfalls zurück. Die einzige Altersgruppe, die über den gesamten Zeitraum hinweg zulegt, ist die der 55- bis 64-Jährigen. Sie wird im Jahr 2020 mehr als 27 Prozent der Erwerbsfähigen und mehr als ein Drittel der Erwerbspersonen stellen.

Neben der Altersstruktur verändert sich die *Qualifikationsstruktur*. Dies spielt hier eine Rolle, da die Qualifikation sowohl für die Beschäftigungschance als auch für die Erwerbsbeteiligung von zunehmender Relevanz ist. Geringqualifizierte sind stärker dem Risiko der Arbeitslosigkeit ausgesetzt als Qualifizierte und Hochqualifizierte.¹⁴ Ferner gilt: Erwerbsquote¹⁵ und Qualifikationsniveau stehen in einer positiven Korrelation zueinander. Hieraus folgt, dass die Alterung der erwerbsfähigen Bevölkerung sowie der Rückgang des Qualifikationsniveaus¹⁶, nicht zuletzt infolge der selektiven Abwanderung qualifizierter Personen, dazu führen, dass die Erwerbsquote in Ostdeutschland sukzessive sinkt, von gegenwärtig etwa 86 Prozent auf 82,5 Prozent im Jahr 2020 und sich das Arbeitsangebot im Zeitverlauf qualitativ deutlich verschlechtert.

Eine analoge Analyse lässt sich für die *Arbeitsnachfrage* vornehmen. Dies setzt voraus, dass zunächst innerhalb der Wirtschaft zwischen zwei Sektoren – zwischen handelbaren und nicht-handelbaren Gütern – unterschieden wird.¹⁷ Diese Unterscheidung ist deshalb erforderlich, weil regionale demographische Veränderungen für die Arbeitsnachfrage im Sektor der handelbaren Güter irrelevant sind (diese Güter lassen sich überall verkaufen), im Sektor der nicht-handelbaren Güter dagegen nicht. Hängt im Sektor der handelbaren Güter die Arbeitsnachfrage mithin von der Güternachfrage *weltweit* ab, und damit vom Lohnniveau, so wird die Nachfrage nach Dienstleistungen und anderen nicht-handelbaren Gütern – und damit auch die Nachfrage nach Arbeitskräften – in diesem Sektor maßgeblich von der ortsansässigen Bevölkerung bestimmt. Die weiteren Überlegungen sollen sich daher auf den Sektor der nicht-handelbaren Güter konzentrieren, zumal hier rund 80 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten und mehr als drei Viertel der Konsumausgaben getätigt werden,

während für handelbare Güter nur knapp ein Viertel des verfügbaren Einkommens ausgegeben wird.¹⁸

Die Analyse lässt im betrachteten Zeitraum zwei gegenläufige Tendenzen erkennen: *Zum einen* kommt es durch den Rückgang und die Alterung der Bevölkerung, aber auch durch die Zunahme des Anteils der mit Kaufkraft unterdurchschnittlich ausgestatteten Transferempfänger (Rentner¹⁹, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger), zu einer deutlichen Reduktion der kaufkräftigen Nachfrage. *Zum anderen* aber bringt die demographische Veränderung zugleich eine Nachfrageverschiebung zugunsten altersspezifischer Güter mit sich, die häufig nicht handelbar sind und nur lokal oder regional bereitgestellt werden (zum Beispiel Gesundheitsdienstleistungen). Dies hat einen Anstieg der Arbeitsnachfrage im Sektor der nicht-handelbaren Güter zur Folge. Ferner ist eine Verschiebung in der Qualifikationsstruktur zu erwarten: Die Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften, zum Beispiel Ärzten, wird steigen, während die Nachfrage nach Gering- und Durchschnittsqualifizierten (Verkäuferinnen, Lagerarbeitern, Transporteuren) zurückgeht. Es ist wahrscheinlich, dass sich im hier betrachteten Zeitraum die alterungsbedingten Effekte gegenseitig aufheben, so dass es zwar zu strukturellen Verschiebungen innerhalb der Sektoren kommt, nicht aber zu einer generellen Veränderung der Arbeitsnachfrage. Was bleibt, ist der Effekt des Bevölkerungsrückgangs, der sich eindeutig »dämpfend« auf die Nachfrage nach nicht-handelbaren Gütern und damit auch auf die Nachfrage nach Arbeitskräften auswirkt.

Da für den Arbeitsmarkt die Nachfrageseite den Ausschlag gibt, folgt aus dem hier Dargestellten, dass in Ostdeutschland nicht nur der Arbeitskräftebedarf zurückgehen wird, sondern auch die Beschäftigung. Nach dem dramatischen Beschäftigungsabbau zu Beginn der 1990er Jahre um mehr als ein Drittel ist in den vor uns liegenden Jahren mit einer weiteren Reduktion der Erwerbstätigen zu rechnen, von derzeit 7,1 Millionen auf nur noch 6,3 Millionen im Jahr 2020.²⁰ Und das ist noch lange nicht das Ende des Schrumpfungprozesses.

Auf dieser Grundlage lassen sich nunmehr modellhaft drei Szenarien für die Entwicklung von Beschäftigung und Erwerbslosigkeit in Ostdeutschland konstruieren. Dabei werden die beiden Seiten des Arbeitsmarktes, das Arbeitsangebot und die Arbeitsnachfrage, zusammengeführt und unter Einbeziehung möglicher Lohnentwicklungsvarianten diskutiert.

Ein *erstes* Szenario geht davon aus, dass der Bevölkerungsrückgang resp. Rückgang des Arbeitsangebots bei konstanter Arbeitsnachfrage zu einem Verschwinden der Arbeitslosigkeit führt. Unter bestimmten Konstellationen wie der »demographischen Falle«, wo Ersatzbedarf und Fachkräftenachwuchs temporär auseinander fallen (vgl. Steiner/Wiener 2006: 65 ff.), kann die Unterbeschäftigung zeitweise sogar in einen eklatanten Arbeitskräftemangel umschlagen. Dies wäre jedoch keineswegs gleichbedeutend mit einer Lösung des ostdeutschen Arbeitsmarktproblems. Ökonomen und Politiker, die diese (Wunsch-)vorstellung hegen, übersehen, dass dieses Szenario durchaus *gegensätzliche* Effekte auf separaten Teilmärkten impliziert, so dass Arbeitskräftemangel und Unterbeschäftigung gleich-

Wesentlichen die Land- und Forstwirtschaft, die Fischerei, den Bergbau, das verarbeitende Gewerbe und das Kredit- und Versicherungsgewerbe. Zum Sektor der nicht-handelbaren Güter zählen die Energie- und Wasserversorgung, das Baugewerbe, der Handel, das Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung usw., die öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Erziehung und Bildung, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, öffentliche und persönliche Dienstleistungen und anderes mehr.

18 In der Studie IWH/TU Dresden/ifo (2006) wird festgestellt, dass die sektorale Nachfragestruktur keiner altersbedingten Veränderung unterworfen ist: »Vielmehr bleibt die Ausgabenstruktur konstant, d. h. 23,8 % des verfügbaren Einkommens werden von den Einwohnern Ostdeutschlands für handelbare Güter ausgegeben, während es 76,2 % für die nicht-handelbaren (lokalen) Güter sind.« (ebd., S. 176).

19 Während die gegenwärtige Rentnergeneration in Ostdeutschland eher überdurchschnittlich mit Kaufkraft ausgestattet ist, werden die künftigen Rentner in ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen mehrheitlich weit schlechter gestellt sein. Die Zunahme des Anteils der Älteren an der ostdeutschen Bevölkerung wird daher mit deren Verarmung und einem sichtlichen Rückgang der kaufkräftigen Nachfrage einhergehen (vgl. Winkler 2006: 44 ff.).

20 Vgl. IWH/TU Dresden/ifo (2006): 178. Die

Zahlen beziehen sich auf die fünf neuen Bundesländer und Berlin, ohne Berücksichtigung Auszubildender. Andere Berechnungen, zum Beispiel des IAB, welche Auszubildende sowie geringfügig Beschäftigte mit einbeziehen, kommen zu einem noch stärkeren Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen bis 2020 von rund 1 Million Personen.

21 »Vergleicht man die durchschnittlichen Monatsverdienste eines vollbeschäftigten Arbeitnehmers im Unternehmenssektor zwischen den neuen und den alten Bundesländern, so wird deutlich, dass sich bei steigenden Bruttoverdiensten der Lohnabstand seit Ende der neunziger Jahre nicht verändert hat. Der Verdienst eines Vollbeschäftigten beläuft sich im Produzierenden Gewerbe Ostdeutschlands auf rund 70 % des Westniveaus, in Handels-, Kredit- und Versicherungsunternehmen auf 74 %. Über alle Beschäftigungstengruppen im Unternehmenssektor gerechnet, ist der Abstand größer. Im Produzierenden Gewerbe liegt die Annäherung bei 62 %, im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr bei 71 %. Beachtet man die längeren Arbeitszeiten im Osten, liegen die Bruttoverdienste ... je geleistete Arbeitsstunde bei zwei Dritteln des Westniveaus, im Verarbeitenden Gewerbe bei knapp 60 %.« (Ludwig et al. 2006: 196 f.).

22 »In den neuen Bundesländern verfügen inzwischen 57 % aller ab 18-Jährigen über eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit – wenn auch bei unterschiedlicher Dauer. Dabei waren insgesamt seit 1990 Männer in höherem

zeitig *nebeneinander* bestehen würden. Andererseits scheint es völlig unrealistisch, anzunehmen, die Arbeitsnachfrage bliebe unter den Bedingungen des demographischen Wandels unverändert, womit wir bei den beiden anderen Szenarien wären.

Das *zweite* Szenario unterstellt, dass es, hervorgerufen zum Beispiel durch den produktivitätssteigernden technischen Fortschritt, zu einer Erhöhung der Arbeitsnachfrage kommt. Bleibt der Lohn konstant, so könnte sich dies positiv auf die Beschäftigungslage auswirken. Steigt der Lohn hingegen, so würde die zusätzliche Arbeitsnachfrage nicht beschäftigungswirksam werden. Unter den ostdeutschen Bedingungen ist eher von letzterem auszugehen, da es einen starken Druck gibt, die Lohndifferenz gegenüber Westdeutschland, die sich seit Jahren kaum verringert, einzuebnen.²¹ Damit hätte sich auch dieses Modell praktisch erledigt.

Von größerer Realitätsnähe ist demgegenüber das *dritte* Szenario. Dieses geht davon aus, dass der Rückgang der Bevölkerung – wie oben entwickelt – zu sinkenden Ausgaben und einer Reduktion des Konsumtionsniveaus bei nicht-handelbaren Gütern führt. In der Folge ginge auch die Arbeitsnachfrage zurück.²² Würde der Lohn unter diesen Bedingungen konstant bleiben, so wäre der Beschäftigungsrückgang vergleichsweise hoch. Würde der Lohn aber sinken, so würde die beschäftigungswirksame Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt weniger stark zurückgehen als die Güternachfrage. Auf jeden Fall aber handelt es sich hierbei um ein *rezessives* Szenario, bei dem, ausgelöst durch den Bevölkerungsrückgang, Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage schrumpfen. Letztlich sinkt dadurch die Dynamik der wirtschaftlichen Aktivität überhaupt, was auch dem Arbeitsmarkt alles andere als belebende Impulse verleiht. Es wäre daher naiv anzunehmen, der Bevölkerungsrückgang würde das Problem der hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland lösen. Das Gegenteil ist der Fall: Alle an realen Bedingungen orientierten Simulationsrechnungen gelangen zu dem Resultat, dass »das Problem der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland durch den demographischen Wandel nicht behoben wird« (IWH/TU Dresden/ifo 2006: 193). Vielmehr wird es auch in der Zukunft das soziale Hauptproblem bleiben.

Demographie und Transferbedarf

Die wirtschaftliche und soziale Lage in Ostdeutschland seit 1990, aber auch die Wiedervereinigungsstrategien der Bundesregierung sowie der letzten DDR-Regierungen unter Hans Modrow und Lothar de Maizière, erforderten Transferzahlungen. Angesichts des wirtschaftlichen und sozialen Niveaufalles zwischen West- und Ostdeutschland und den mit der Systemtransformation und der Vereinigung verbundenen Herausforderungen war dies unumgänglich. Ohne die Zahlung regelmäßiger hoher öffentlicher Transfers des Bundes, der Europäischen Union, der westdeutschen Länder und der Sozialversicherungskassen wären die Transformation, der *Aufbau Ost* und die deutsche Einheit kaum denkbar gewesen. Der Gesamtumfang dieser Zahlungen beläuft sich im Zeitraum von 1990 bis 2006 auf ca. 1 500 Milliarden € (brutto). Nach Abzug der in Ostdeutschland aufgebrauchten Steuern und Beiträge erhält man eine Nettogröße von ca. 1 100 Milliarden €. Das sind jährlich zwischen 50 und 85 Milliarden € (vgl. Abb. 3 im Anhang).

Die Transferleistungen bilden seit 1990 das finanzielle Rückgrat der deutsch-deutschen Beziehungen, auf Bundesebene ebenso wie auf der Ebene der Länder und Kommunen.²³ Darüber hinaus bilden sie eine Schlüsselgröße für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den neuen Ländern. Während sie mit ca. 4 Prozent der gesamtdeutschen Wirtschaftsleistung für Westdeutschland eine leistbare, wenn auch nicht unbeachtliche ökonomische Belastung darstellen, ist ihre Bedeutung für Ostdeutschland ungleich höher zu bemessen: Rund 16 Prozent der Wertschöpfung sind hier transfergestützt. Dies entspricht einem Anteil am BIP von 13,5 Prozent und einem Arbeitsvolumen von 85 000 Arbeitsplätzen (Lehmann et al. 2005: 21). Der Anteil der Transfers an der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bzw. inländischen Verwendung Ostdeutschlands liegt zwischen 45 Prozent (Anfang der 90er Jahre) und 20 Prozent (Ludwig et al. 2005: 184). Die Bedeutung der Transferzahlungen reicht jedoch weit über die Ökonomie hinaus: Es gibt kaum einen Bereich des gesellschaftlichen Lebens, von der Wirtschaft bis zur Kultur, von den Investitionen bis zu den Ausgaben der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, von Bildung, Wissenschaft und Umweltschutz, der nicht zumindest zu einem Teil transferfinanziert ist. Die Transferleistungen sichern in Ostdeutschland ein Lebensniveau deutlich oberhalb der regionalen wirtschaftlichen Leistungskraft. Durch die damit erfolgende Alimentierung begründen sie aber auch den abhängigen Status der neuen Länder und ihrer Bewohner, deren politische Schwäche und Deklassierung zu »Bürgern zweiter Klasse«.

Die Transferleistungen lassen sich auf verschiedene Weise klassifizieren und quantifizieren.²⁴ Hier soll allein der demographische Aspekt interessieren. Um den Einfluss des demographischen Wandels auf den Umfang der Transferleistungen zu bestimmen, ist es hilfreich, zwischen Leistungen, die pro Kopf, entsprechend allgemeingültiger Richtlinien oder Gesetze erbracht werden, Zahlungen, die in Abhängigkeit vom Bedarf zu leisten sind und Einzelmaßnahmen, die im Rahmen bestimmter Programme vorgenommen werden, zu differenzieren. Zur ersten Gruppe gehören die Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs und die Sonderbedarfsergänzungszuweisungen des Bundes an die Länder. Zur zweiten Kategorie zählen die Leistungen der Sozialversicherungskassen, soweit ihr Umfang das Aufkommen in Ostdeutschland übersteigt. In der dritten Gruppe sind die Zahlungen der Europäischen Union und die verschiedenen Leistungen des *Aufbau Ost* erfasst.

Es ist leicht nachzuvollziehen, dass sich der Umfang der Transferzahlungen in der ersten Gruppe mit dem Rückgang der Bevölkerungszahl reduzieren wird. Erheblich verstärkt wird dieser Effekt durch die geplante Abschmelzung der Solidarpaktmittel in den Jahren 2008 bis 2020 (vgl. Abbildung 4). Allein im Korb I vermindert sich bis 2020 der jährliche Umfang der Transfers gegenüber heute um 10,5 Milliarden €. Die Leistungen im Korb 2 sind gesetzlich nicht näher spezifiziert, unterliegen aber ebenfalls einem Degressionsprozess. Diesem Negativeffekt steht momentan ein positiver Effekt durch wachstumsbedingte Steuermehreinnahmen bei den ostdeutschen Gebietskörperschaften gegenüber. Dieser wird jedoch durch den Bevölkerungsrückgang und den Alterungseffekt relati-

Maße betroffen (61 %) als Frauen (54 %).« (Winkler 2006 b: 16).

23 »Alle finanzwirtschaftlichen Kennzahlen belegen, dass die ostdeutschen Bundesländer ohne Zuwendungen vom Bund und von den westdeutschen Bundesländern in ihrer heutigen Form nicht lebensfähig wären.« (DB Research 2004: 46).

24 Vgl. dazu im Einzelnen: Ulrich Busch: Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft, Berlin 2002.

25 Vgl. dazu AG Wirtschaftspolitik der Linkspartei.PDS: Beiträge zur Wirtschaftspolitik. Öffentliche Finanzen – Herausforderung für linke Wirtschaftspolitik, Berlin, darin insbesondere: Busch 2006 b und Troost 2006.

viert, so dass längerfristig mit »erheblichen Verlusten beim Volumen der Steuereinnahmen« (IWH/TU Dresden/ifo 2006: 234) zu rechnen ist. Da die Ausgaben auf Grund des Kostenremanenzeffekts nicht in gleichem Maße reduzierbar sind, erhöht sich der Transferbedarf und die ostdeutschen Länder werden verstärkt in finanzielle Probleme geraten.²⁵ Ob dem mit einem Solidarpakt III begegnet werden kann, wie die AG *Alternative Wirtschaftspolitik* es vorschlägt (2006: 162 ff.), darf jedoch bezweifelt werden. Dafür fehlt bis auf weiteres der politische Wille, aber auch ein Konzept der Bundesregierung zur Sanierung der ostdeutschen Länderhaushalte.

Im Unterschied zu diesen Transfers, die zielgerichtet sukzessive zurückgeführt werden, unterliegen die in der zweiten Kategorie zusammengefassten Leistungen einem gewissen Automatismus: Ihr Umfang geht zurück, wenn die Bevölkerungszahl sinkt. Er steigt aber auch, wenn die Zahl der Transferempfänger wächst und deren Anteil an der Bevölkerung zunimmt. In dem Maße, wie sich die wirtschaftliche und soziale Lage in Ostdeutschland relativ zu Westdeutschland wieder verschlechtert, entstehen bei den Sozialsystemen Finanzierungslücken. Mithin wächst der begründbare Transferbedarf. Dies gilt selbst für den Fall, dass der Leistungsbezug im Osten weiterhin unterhalb des westdeutschen Niveaus festgeschrieben bleibt, wie zum Beispiel bei der Altersrente, wo es wegen des geringeren Rentenwerts Ost (87,9 Prozent) auch künftig keine Gleichheit im Leistungsbezug geben wird (Winkler 2006a: 273 ff.).

Die Leistungen der dritten Gruppe hängen von politischen Entscheidungen ab und sind insofern in bestimmtem Maße beeinflussbar. Dies gilt sowohl für die Ebene der Europäischen Union als auch für die Leistungen des Bundes und der Sozialversicherungssysteme. Hält man am Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland (und in Europa) fest, was faktisch »soziale Konvergenz« bedeutet, so impliziert dies weiterhin hohe Sozialtransfers für Ostdeutschland. Will man diese reduzieren, so verlangt dies private und öffentliche Investitionen, also *investive* Transfers. Das Transfervolumen würde dadurch erst einmal steigen, trotz sinkender Bevölkerungszahl. Werden die Investitionen dagegen reduziert, wie seit Mitte der 1990er Jahre der Fall²⁶, so geht die durch den demographischen Wandel ohnehin geschwächte Wirtschaftskraft der neuen Länder noch mehr zurück. »Damit verschlechtern sich die Zukunftsaussichten weiter – ein Teufelskreis von schrumpfender Bevölkerung und nachlassender Wirtschaftskraft beginnt.« (Ragnitz 2005: 8) In den peripheren Regionen der neuen Länder – in Vorpommern, in der Altmark, in Ost-sachsen und in Teilen Brandenburgs und Thüringens – ist dieses Szenario bereits Realität. Dafür steht der Begriff »Mezzogiorno« als Bezeichnung für eine dauerhaft zurückbleibende und transferabhängige Region.

Fazit

Der demographische Wandel führt in Ostdeutschland zwangsläufig zu einem Rückgang und einer Alterung des Erwerbspersonenpotenzials, ferner zu einem Sinken der Erwerbstätigenzahl und einer qualitativen Verschlechterung des Arbeitsangebots. Dadurch verringern sich in der Zukunft die Möglichkeiten des Produktionswachstums

26 Der Umfang der Anlageinvestitionen in Ostdeutschland war mit 65,3 Milliarden € im Jahre 2005 um 38,1 % geringer als 1995. Bei Ausrüstungsinvestitionen stagniert der nominale Wert seit Mitte der 1990er Jahre. Seit 1997 wird je Einwohner im Osten jährlich weniger in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen investiert als in Westdeutschland. Dadurch vergrößert sich der wirtschaftliche Abstand zwischen neuen und alten Ländern seit einem Jahrzehnt von Jahr zu Jahr (vgl. Bundesregierung 2006: 168).

und der Wohlfahrtssteigerung. Weitere Effekte sind der Rückgang und die strukturelle Veränderung der kaufkräftigen Nachfrage, vor allem im Sektor der nicht-handelbaren Güter. Infolgedessen sinkt auch die Arbeitsnachfrage. Es verringert sich die Erwerbsquote und es entsteht ein enormer Druck auf den Lohn. Möglichkeiten für eine verstärkte Beschäftigung bieten sich unter diesen Bedingungen nur für Hochqualifizierte. Trotz struktureller Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt bleibt die Arbeitslosigkeit hoch. Der demographische Schrumpfungsprozess – und damit die hierauf setzende Strategie der passiven Sanierung – erweisen sich damit als ungeeignet, das Problem der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland wirksam zu lösen, auch wenn die Arbeitslosenquote künftig geringer ausfallen wird als in der ersten Hälfte des Jahrzehnts.

Die für die nächsten Jahrzehnte zu erwartende volkswirtschaftliche Konstellation macht zudem weiterhin Transferzahlungen erforderlich. Während die Leistungen im Rahmen des Solidarpakts II bis 2020 planmäßig zurückgeführt werden und die Investitionsprogramme des *Aufbau Ost* auslaufen, reproduziert sich der Transferbedarf bei den Sozialleistungen. Es kommt zu einem Teufelskreis von schrumpfender Bevölkerung und sinkender Wirtschaftskraft, welcher in Finanzdefiziten, Haushaltsnotlagen und anhaltenden Transfers seinen Ausdruck findet. Ostdeutschland bleibt eine transferabhängige Region: Die Voraussetzungen für eine selbst tragende Entwicklung werden durch den demographischen Wandel keineswegs besser, sondern eher schwieriger.

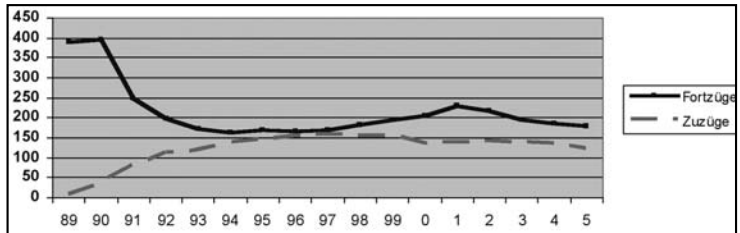
Literatur:

- AG Alternative Wirtschaftspolitik (2006): Memorandum 2006. Mehr Beschäftigung braucht eine andere Verteilung, Köln.
- Bahrman, Hannes/Links, Christoph (Hg.) (2005): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz, Berlin.
- Berlin-Institut (2006): Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen?, München.
- Binswanger, Hans Christoph (2006): Die Wachstumsspirale, Marburg.
- Bosbach, Gerd (2006): Demographische Entwicklung – Realität und mediale Aufbereitung, in: Berliner Debatte Initial, 17. Jg., Heft 3, S. 59-66.
- Bundesregierung (2007): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2007, Berlin.
- Busch, Ulrich (2002): Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft, Berlin..
- Busch, Ulrich (2005 a): Wie soll der Osten Deutschlands wachsen?, in: Neue Zürcher Zeitung, 7. 1.
- Busch, Ulrich (2005 b): Ostdeutschland: Wirtschaftspolitische Optionen für 2005 bis 2019, in: UTOPIE kreativ 172 (Februar 2005), S. 135-146..
- Busch, Ulrich (2006a): Gesamtwirtschaftliche Stagnation und zunehmender Transferbedarf, in: Berliner Debatte Initial, 17. Jg., Heft 5, S. 17-26.
- Busch, Ulrich (2006b): In der Schuldenklemme: Die Finanzen der Länder und Gemeinden, in: AG Wirtschaftspolitik der Linkspartei.PDS: Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Berlin 2006, S. 51-66.
- Busch, Ulrich/Mai, Karl/Steinitz, Klaus (Hrsg.) (2006): Ostdeutschland zwischen Währungsunion und Solidarpakt II, Berlin..
- Busch, Ulrich/Mai, Karl (2007): Konvergenzbremse Produktivität, in: Berliner Debatte Initial, 18. Jg., Heft 4-5, S. 121-136.
- Deutsche Bank Research (2004): Perspektiven Ostdeutschlands – 15 Jahre danach, Aktuelle Themen Nr. 306, Frankfurt am Main.
- Heske, Gerhard (2005): Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1979-2000, Historical Social Research, Supplement No. 17, Köln..
- IWH/TU Dresden/ifo Institut (2006): Demographische Entwicklung in Ostdeutschland. Endbericht, Halle.
- KfW (2005): 15 Jahre Deutsche Einheit: Wie geht es im Osten weiter?, Mittelstands- und Strukturpolitik Nr. 34, Sonderband, Berlin.
- Kil, Wolfgang (2004): Luxus der Leere. Vorm schwierigen Rückzug aus der Wachstumswelt. Eine Streitschrift, Wuppertal..
- Land, Rainer/Willisch, Andreas (2006): Schrumpfung – Raumordnung oder Gesellschaftsordnung, in: Berliner Debatte Initial, 17. Jg., Heft 5, S. 54-64.
- Lehmann, Harald/Ludwig, Udo/Ragnitz, Joachim (2005): Transferleistungen und Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland, IWH, Halle.

- Ludwig, Udo et al. (2005): Ostdeutsche Wirtschaft: Aufholen mit Trippelschritten, in: *Wirtschaft im Wandel*, 6. Halle, S. 164-184..
- Ludwig, Udo et al. (2006): Ostdeutsche Wirtschaft: Wachstum der Produktion bleibt erneut im Ost-West-Vergleich zurück, in: *Wirtschaft im Wandel*, 7. Halle, S. 188-212..
- Ludwig, Udo et al. (2007): Ostdeutsche Wirtschaft: Nachfrageschub überwiegt strukturelle Schwächen, in: *Wirtschaft im Wandel*, 7. Halle, S. 227-256..
- Prognos AG (2007): *Zukunftsatlas 2007 – Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb*, www.prognos.com/zukunftsatlas
- Ragnitz, Joachim (2005): Schrumpfende Regionen in Ostdeutschland, in: *Berliner Debatte Initial*, 16. Jg., Heft 6, S. 4-12..
- Schneider, Lutz (2005): Ost-West-Binnenwanderung: Gravierender Verlust an Humankapital, in: *Wirtschaft im Wandel*, 10. Halle, S. 309-314..
- Statistisches Amt der DDR (Hg.) (1990): *Statistisches Jahrbuch der DDR 1990*, Berlin..
- Statistisches Bundesamt (StBA) (Hrsg.) (2004): *Datenreport 2004*, Bonn.
- Statistisches Bundesamt (StBA) (Hrsg.) (2006a): *Datenreport 2006*, Bonn.
- Statistisches Bundesamt (StBA) (Hrsg.) (2006b): *Fachserie 1, Heft 1.2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Wanderungen*, Wiesbaden.
- Steiner, Christine/Wiener, Bettina (2006): Ausgegrenzt, abgewandert, weggeblieben. Unsichere Perspektiven für Jugendliche trotz zukünftiger Fachkräftelücken, in: *Berliner Debatte Initial*, 17. Jg., Heft 5, S. 65-76.
- Steinitz, Klaus (2003): Ist Wirtschaftswachstum unverzichtbar?, in: *UTOPIE kreativ* 148 (Februar), S. 123-135.
- Troost, Axel (2006): Intelligente Finanzpolitik für mehr Beschäftigung statt hausgemachter Staatsverschuldung, in: *AG Wirtschaftspolitik der Linkspartei.PDS: Beiträge zur Wirtschaftspolitik*, Berlin 2006, S. 37-50.
- Winkler, Gunnar (2006a): *Die Region der »neuen« Alten*, Berlin.
- Winkler, Gunnar (2006b): *Sozialreport 2006. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern*, Berlin.
- Zur Lage in Ostdeutschland (2006), in: *Berliner Debatte Initial*, 17. Jg., Heft 5, S. 3-96.

Abbildung 1:

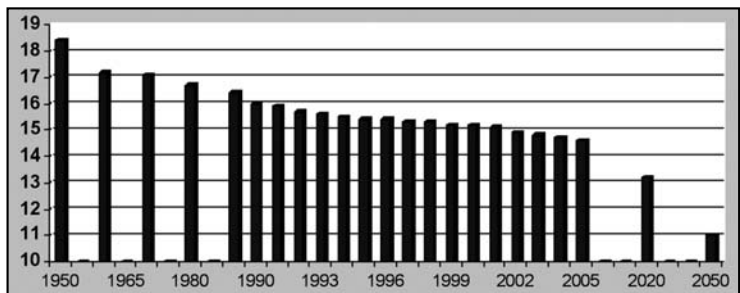
*Binnenwanderung zwischen Ost- und Westdeutschland
1989-2005 (in 1000)*



Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 2004: 53; 2006: 47; eigene Berechnungen.

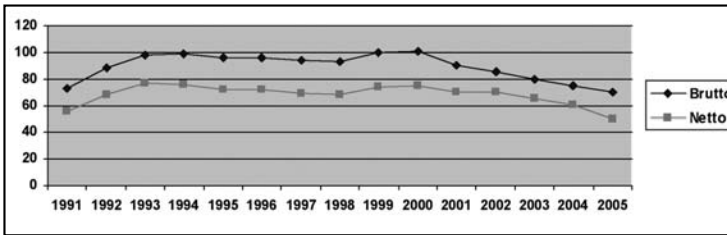
Abbildung 2:

*Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland 1950 bis 2050
in Millionen Personen*



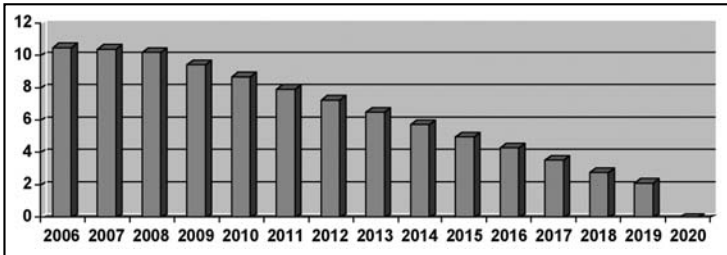
Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH 2006, Ostdeutschland einschließlich Berlin-Ost.

Abbildung 3
Öffentliche Brutto- und Nettotransfers 1991 bis 2005 in Mrd. €



Quelle: diverse Veröffentlichungen des IWH, eigene Schätzungen.

Abbildung 4:
Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen gemäß Solidarpakt II in Mrd. €



Quelle: Bundesfinanzministerium